

THÜRINGEN LIBERAL

MAGAZIN DER FREIEN DEMOKRATISCHEN PARTEI THÜRINGEN
AUSGABE 6 | NOVEMBER 2011

PORTRÄT BERNHARD SCHÖNAU
Bürgermeister von Bad Langensalza

KOMMUNALE FINANZEN
FDP streitet für einen fairen Umgang

KOMMUNALWAHLEN 2012
Die erste Kandidaten sind nominiert



Kommunale Basis stärken

FDP bereitet sich auf OB- und
Landratswahlen 2012 vor





Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

vom früheren Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel stammt folgendes Zitat: „Es ist der große Vorzug der Demokratie, dass sie Kritik organisiert.“

Und Kritik ist im Augenblick im Interesse der Demokratie mehr als geboten. Kritik am Umgang der schwarz-roten Landesregierung mit den Thüringer Landkreisen, Städten und Gemeinden. Denn die kommunale Ebene ist es, auf der die Menschen im Land zuallererst das Funktionieren von Demokratie erleben. Oder eben auch das Versagen. Kommunen ihrer Handlungsfähigkeit zu berauben, ist ein Spiel mit dem Feuer. Das bedeutet Verlust an Identität, Verlust an Aufträgen für den einheimischen Mittelstand und damit an Arbeitsplätzen, und es bedeutet, mit der Abwärtsspirale auch die Abwanderung zu verstärken, die in vielen Gegenden Thüringens ohnehin schon dramatische Ausmaße angenommen hat.

Der Freistaat muss sparen. Das stellen die Liberalen nicht in Abrede. Im Gegenteil, wir fordern von der Koalition verantwortungsbewusstes Haushalten. Erst

2010 hat Schwarz-Rot zur Befriedigung sozialdemokratischer Steckenpferde den Landeshaushalt um eine halbe Milliarde aufgeblasen. Und das, obwohl bis 2018 der Landeshaushalt strukturell auf 7 bis 7,5 Milliarden Euro schrumpfen muss von heute 9,5 Milliarden Euro. Jetzt soll von 2011 auf 2012 der Haushalt um eine

» **Kommunen ihrer Handlungsfähigkeit zu berauben, ist ein Spiel mit dem Feuer** «

halbe Milliarde sinken. Allerdings nicht auf den Spielwiesen von Machnig, Matschie & Genossen, sondern zu mehr als der Hälfte zu Lasten der Kommunen. Ein Blick darauf, dass nur rund ein Drittel des Landeshaushalts kommunalen Zwecken dient, zeigt, dass von Ausgewogenheit beim Sparen wirklich keine Rede sein kann. Würde die Landesregierung dieselben Maßstäbe an sich selbst anlegen, die

sie an die Kommunen anlegt, müsste sie am eigenen, aufgeblähten Staatsapparat im Vergleich zu einem Flächenland wie Schleswig-Holstein rund 680 Millionen Euro einsparen. Das wäre zumindest ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Dabei ist der Anspruch auf eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen schlicht ein Verfassungsanspruch. Und das Verfassungsgericht hat am 2. November 2011 in Bezug auf den Kommunalen Finanzausgleich (KFA) 2010 die Auffassung vertreten, dass der KFA sich zwar „in den Grenzen“ der Verfassungskonformität bewege, jedoch alles andere als optimal sei. Dass dies selbst die Koalition so sieht, zeigt der medienwirksame Theaterdonner im MDR just am Vorabend der Urteilsverkündung. Dort hatte die CDU verkündet, 2013 den Kommunalen Finanzausgleich auf völlig neue Grundlagen stellen zu wollen. So war der politische Erfolg unserer Normenkontrollklage, dass Bewegung in die Debatte gekommen ist. Zusätzlich zur finanziellen Streichorgie werden die Kommunen mit enormen Zusatzbelastungen konfrontiert. Bände sprach das Verhalten von CDU und SPD bei der Gesetzesinitiative der FDP zum Thüringer Straßengesetz. Die Landesregierung will mit Kreisen und Gemeinden nicht auf Augenhöhe verhandeln, wenn es darum geht, ihnen über 600 Kilometer Landesstraßen in oft miserablen Zustand einfach aufzubürden.

Und so scheint es nur folgerichtig, wenn auf dem Wege der finanziellen Erpressung versucht wird, die 'kalte Gebietsreform' durchzudrücken. Dass die Sozialdemokraten von ihren eigenen Genossen aus Sachsen gewarnt werden, die dortige Gebietsreform habe eine halbe Milliarde Anschlagfinanzierung gekostet, ohne zu wissen, ob und wann sie sich je rechnet, ficht sie nicht an. Stoff genug für die FDP, deutliche Kritik zu organisieren. Siehe oben.

Ihr

Dirk Bergner
Stellvertretender FDP-Landesvorsitzender
und Parlamentarischer Geschäftsführer
der Landtagsfraktion

Erst Bürgermeister, dann Parteimeister

Bernhard Schönau ist seit 18 Jahren liberaler Bürgermeister von Bad Langensalza

Seit 18 Jahren ist Bernhard Schönau nun schon Bürgermeister in Bad Langensalza. Die Stadt im Unstrut-Hainich-Kreis hat eine lange liberale Tradition. Zu den Söhnen der Stadt zählt unter anderem der heutige FDP-Landesvorsitzende Uwe Barth. Bei den vergangenen Kommunalwahlen im Jahr 2009 wurde die FDP mit 34,7 Prozent stärkste Kraft im Stadtrat. Hört man sich in der Region um, wird immer wieder deutlich, wie beliebt Schönau hier ist. Ein Lokalpatriot sei er, wird gesagt. Ein absoluter Familienmensch.

Wie angesehen Schönau in der Region ist, zeigte sich erst jüngst, als ihn Unternehmer aus der Stadt und Region Mühlhausen fragten, ob er sich vorstellen könne, im kommenden Jahr für das Amt des Mühlhäuser Oberbürgermeisters zu kandidieren. Schönau fühlte sich geehrt, lehnte aber ab. Er fühlt sich Bad Langensalza verpflichtet. Schönau ist zunächst Bürgermeister, dann Parteimeister, um es mit den Worten von Jenas Alt-OB Peter Röhlinger zu sagen. Das bekam auch der Landesverband der FDP Thüringen im vergangenen Herbst zu spüren. Während im Kultur- und Kongresszentrum von Bad Langensalza liberale Delegierte aus ganz Thüringen zum Parteitag zusammenkamen, um einen neuen Landesvorstand zu wählen, fuhr Schönau lieber zu einem Bürgermeistertreffen nach Berlin, um dort die Interessen der Kur- und Rosenstadt zu vertreten.

Bad Langensalza ist übrigens seit diesem Jahr die 'blühendste Stadt' Europas. Die Kurstadt erhielt im europäischen Wettbewerb 'Entente Florale' eine Goldmedaille und die meisten Punkte unter den 18 Teilnehmern. Besonders gelobt von der Jury, die für die Bewertung im Juli dieses Jahres eigens nach Bad Langensalza reiste, wurde die Umgestaltung von Industriebrachen zu Wohn- und Naherholungsgebieten. Die Stadt konnte zudem mit Aktionen wie dem 'Tag der offenen Höfe und Gärten' überzeugen. „Geschichte und Gegenwart schaffen in Bad Langensalza eine unverwechselbare Atmosphäre, und es

ist schwer, sich nicht von den malerischen engen Gassen und der Architektur der Gebäude verschiedener Epochen verzaubern zu lassen“, schreibt Schönau im Vorwort zur Bewerbung der Stadt. Doch fast wäre es nichts geworden mit der 'Entente-Florale'-Bewerbung. Unbekannte Randalierer zogen durch die In-

die versprochen, besser auf das Grün in der Stadt aufzupassen. Pünktlich, einen Tag vor dem Besuch der Jury, gab Schönau den Bürgern ihre Pflanzen zurück. Überhaupt mangelt es Bad Langensalza beim Thema Blumen nicht an Selbstbewusstsein. Falls es mit der Bewerbung der Landeshauptstadt Erfurt für die Aus-

» **Geschichte und Gegenwart schaffen in Bad Langensalza eine unverwechselbare Atmosphäre** «

nenstadt von Bad Langensalza, brachen Palmen ab, warfen Blumenkästen um. Und niemand wollte etwas gesehen haben. Auch die Bitte von Bürgermeister Schönau, Bürger und Händler mögen

richtung der Bundesgartenschau nicht klappen sollte, dürften sich die Erfurter gerne an einer Bewerbung Bad Langensalzas beteiligen, ließ Bürgermeister Schönau die Landeshauptstadt wissen.



Im April pflanzte die FDP-Fraktion im Kurpark von Bad Langensalza einen Blumen-Hartriegel. Uwe Barth, Bürgermeister Bernhard Schönau und Marian Koppe MdL (v.l.n.r.) bei der Übergabe

doch ein Auge auf die Pflanzen vor den Häusern und Geschäften haben, brachte keine Besserung. Kurzerhand ließ Schönau vier Tage vor dem ersten Jury-Besuch alle Pflanzen aus der Innenstadt entfernen und einlagern. Die Stadt war wie leergefegt. Die drastische Maßnahme verfehlte ihre Wirkung nicht. Auf einmal begehrten die Bürger auf, zeternten, monierten. Es bildeten sich Blumenpatenschaften und Bürgerinitiativen,

Ob der ausgewiesene Fan des heimischen Handball-Erstligisten THC im kommenden Jahr noch einmal für das Amt des Bürgermeisters kandidiert, will er im Dezember entscheiden. Daran zweifelt jedoch in Bad Langensalza niemand ernsthaft. Ihm sei es wichtig, Begonnenes zu Ende zu führen, sagt er. Und einmal dürfte er noch. Mehr lässt die gesetzliche Altersbeschränkung nicht zu. Leider, so hört man aus Bad Langensalza. ms



Die FDP-Fraktion verfolgte aufmerksam die öffentliche Anhörung im Haushaltsausschuss, bei der 800 Bürgermeister anwesend waren und der FDP-Bürgermeister von Ebenshausen, Fred Leise (Mitte), über die Auswirkungen der Finanzkürzungen für seine Kommune berichtete. Bild rechts: Dirk Bergner im Gespräch mit Thüringens Finanzminister Wolfgang Voß (CDU) nach der Urteilsverkündung in Weimar

Für einen fairen Umgang mit den Kommunen

Die FDP streitet vor dem Thüringer Verfassungsgericht und im Landtag für die kommunalen Finanzen

„Wir sind über das Urteil angemessen enttäuscht“, sagte der Präsident des Gemeinde- und Städtebundes Thüringen, Michael Brychcy (CDU), nach der Urteilsverkündung zur Klage der FDP-Landtagsfraktion gegen den Kommunalen Finanzausgleich (KFA) des Jahres 2010. Der Verfassungsgerichtshof in Weimar hatte den KFA am 02. November als verfassungsgemäß bewertet und damit Rechtssicherheit geschaffen. Die Liberalen sehen in dem Abschluss der angestregten Normenkontrollklage dennoch einen Beitrag, um die angekündigte Neuordnung des KFA voranzubringen. „Wir werten es als politischen Erfolg, Bewegung in die Diskussion um den aus unserer Sicht intransparenten KFA gebracht zu haben“, erklärte der rechtspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Dirk Bergner, im Anschluss an die Urteilsverkündung.

Als Reaktion auf die Zulassung der Klage der FDP-Landtagsfraktion hatte Finanzminister Wolfgang Voß (CDU) im August eine Überarbeitung des KFA für den Haushalt 2013 angekündigt. Im Vorfeld der Urteilsverkündung hatten sich auch die Koalitionsparteien CDU und SPD öffentlich darauf festgelegt. Die Liberalen wollen die Regierungskoalition beim Wort nehmen und die Umsetzung der Ankündigungen im Interesse der Kommunen kritisch begleiten. An ihrer grundsätzlichen Forderung nach einem fairen und transparenten Verfahren, das die Kommunen einbezieht, hält die FDP-Fraktion fest. Neben der angefochtenen willkürlichen Korridorbildung bei der Festlegung der angemessenen Finanzausstattung hatten die Liberalen auch auf eine Berücksichtigung des erheblichen Investitionsrückstaus

der Kommunen gehofft. Dieser war vom Land bislang ignoriert worden und wird wohl auch im Haushalt für 2012 keine Berücksichtigung finden. Im Gegenteil – die Schlüsselzuweisungen an die Kommunen und die Mittel für den Straßenbau sollen noch weiter gekürzt werden.

Der Haushaltsentwurf 2012 entzieht den Kommunen im Freistaat die Grundlagen für kommunale Selbstverwaltung. „Es werden reihenweise nicht nur sogenannte freiwillige Leistungen wie Bäder, Museen und Bibliotheken eingestellt werden müssen, es wird auch die Axt an die Pflichtaufgaben gelegt, und Gemeinden werden in Größenordnungen als Auftraggeber für den einheimischen Mittelstand und Arbeitsplätze vor Ort wegbrechen“, befürchtet der innenpo-

selbst ehrenamtlicher Bürgermeister in Hohenleuben ist.

Zum ignoranten Verhalten der Landesregierung gegenüber den Sorgen und Nöten der Kommunen passt das Verhalten bei der Kindertagesstättenreform. Nach Berechnungen des Gemeinde- und Städtebundes betragen die Mehrkosten im Jahr 2010 39 Millionen Euro. Das Land hatte mehrfach versichert, diese in Form einer nachträglichen Spitzabrechnung zu tragen, will aber jetzt nur maximal 10 Millionen Euro übernehmen. „Was da passiert, ist Zechprellerei“, so der Vorwurf Bergners. Die Kommunen bleiben auf den Mehrkosten sitzen.

Wenn das Land sich nicht so einen aufgeblähten Personalapparat leisten würde und seine Hausaufgaben nur

» Wir werten es als politischen Erfolg, Bewegung in die Diskussion um den aus unserer Sicht intransparenten KFA gebracht zu haben «

litische Sprecher der FDP-Fraktion, Dirk Bergner. Zwar könne niemand ernsthaft bezweifeln, dass das Land sparen müsse. „Angesichts der Tatsache, dass die Zuweisungen aus Brüssel und aus dem Länderfinanzausgleich drastisch sinken werden, ist völlig klar, dass auch Kommunen nicht an weiteren Einsparungen vorbei kommen.“ Doch könne es nicht angehen, dass die Kommunen, deren Zuweisungen vom Land etwa ein Drittel des Landeshaushalts ausmachten, mit den aktuellen Einsparungen zu rund 50 Prozent belastet würden. „Das ist weder ausgewogen noch fair“, so Bergner, der

annähernd so machen würde, wie die meisten Gemeinden das getan haben, wäre man beim Sparen längst viel weiter. Von den Städten, Gemeinden und Landkreisen fordert die Landesregierung ein Benchmarking, also den Vergleich mit den Besten. Wenn das Land diesen Maßstab an sich selbst anlegen würde und einen Personalschlüssel hätte wie das vergleichbare Flächenland Schleswig-Holstein, hätte man rund 680 Mio. EUR weniger Personalkosten. Die FDP im Thüringer Landtag fordert deshalb, dass die Landesregierung endlich beginnt, selbst strukturell zu sparen. *jp*

Mit dem Rücken zur Wand

VLK-Versammlung lehnt Gebietsreform ab und spricht sich für neuen KFA aus

„Die Städte und Gemeinden stehen mit dem Rücken zur Wand“, sagte der Vorsitzende der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker Thüringens, Dirk Bergner, zum Auftakt der Mitgliederversammlung am 13. September in Erfurt. Im Vergleich zu dem, was das Land beim Kommunalen Finanzausgleich 2012 vorhabe, sei der von der FDP-Fraktion beklagte KFA 2010 „noch paradiesisch“ gewesen. Es sei klar, dass auch die Kommunen Einsparungen mittragen müssten, aber die Verteilung der Lasten sei ungerecht. Die Kommunen hätten bereits in den letzten Jahren gespart und auf Investitionen verzichtet. Der Investitionsstau bleibe bei der Bemessungsgrundlage unberücksichtigt. „Das ist so wie mit dem Verdurstenden, dem man nach zwei Tagen in der Wüste kein Wasser gibt mit der Begründung, er habe in der Zeit bisher ja auch nichts gebraucht“, so Bergners Vergleich.

In ihrem Grußwort betonte die Landtagsvizepräsidentin Franka Hitzing, selbst ehrenamtliche Bürgermeisterin in ihrem Heimatort Friedrichsthal, die Verantwortung der Kommunalpolitik. „Ich erlebe in meinen Sprechstunden das Interesse der Bürger an der Gestaltung ihres Dorfes.“ Kommunalpolitik als eine wichtige Säule der Gesellschaft müsse ernstgenommen werden. Dirk Bergner berichtete vom intensiven Einsatz der VLK für die

Interessen der Städte und Gemeinden. Man habe die Kritik am KFA und die Normenkontrollklage der Landtagsfraktion intensiv begleitet. Die Ankündigung des Finanzministers zur Überarbeitung des KFA sei ein „Etappensieg“. Bergner ver-

» Die Verteilung der Lasten bei kommunalen Einsparungen ist ungerecht «



Der neue VLK-Schatzmeister Ingo Reimann, Vorsitzender Dirk Bergner und sein neuer Stellvertreter Jens Zimmer (v.l.n.r.)

wies zudem auf Initiativen zum Kommunalwahlrecht und die Diskussionen zur Gebietsreform. Matthias Lindig, nach eigenen Worten Bürgermeister einer „untermäßigten Gemeinde“, kritisierte, die

Regierung wolle mit Gemeindezwangszusammenschlüssen ehrenamtliche Bürgermeister loswerden. Die Möglichkeiten zur Selbstverwaltung würden genommen. Jens Zimmer aus Greiz, von der Versammlung zum neuen stellvertretenden Vorsitzenden nachgewählt, verwies auf negative Beispiele in Sachsen. In Reichenbach würden jetzt Rechnungen für die Nutzung kommunaler Dienstleistung von drei Orten gleichzeitig bearbeitet. Auch der für Zimmer nachgewählte neue Schatzmeister Ingo Reimann aus Jena sprach sich gegen Gebietsreformen von oben aus.

Intensiv wurde über die personelle Situation der Freiwilligen Feuerwehren im Land diskutiert. Die Bürgermeister von Brotterode und Schwerstedt sowie der 1. Beigeordnete von Dachwig unterbreiteten Lösungsvorschläge, die in die Initiativen der Landtagsfraktion einfließen sollen, kündigte Bergner Anträge zur Unterstützung der Erlangung von LKW-Führerschein für Feuerwehrleute und der Einführung einer Probezeit für die Mitgliedschaft an. „Das Netzwerk der Kommunalpolitiker ist für die Arbeit der Landtagsfraktion und die Vorbereitung der Bürgermeister- und Landratswahlen im nächsten Jahr von herausragender Bedeutung“, betonte der VLK-Vorsitzende abschließend. *jp*

Wissenstransfer in beide Richtungen

FDP-Fraktion lud liberale Kommunalpolitiker zum Erfahrungsaustausch in den Landtag ein

Zur Intensivierung der Kommunikation zwischen Landtagsfraktion und kommunalen Mandatsträgern hatte Fraktionschef Uwe Barth am 22. September in die Räume der Fraktion im Erfurter Landtag eingeladen. Die Mitarbeiter der Fraktion stellten sich als Ansprechpartner der Kommunalpolitiker vor.

Sie könnten die Arbeit vor Ort vor allem durch Informationsbeschaffung unterstützen, so Barth. Kranichfelds Bürger-

meister Wolf-Ludger Schlotzhauer freute sich über das Angebot. „Wir waren es gar nicht mehr gewöhnt, einen Ansprechpartner im Landtag zu haben.“ Es gehe aber auch um einen „Wissenstransfer in beide Richtungen“, betonte der parlamentarische Geschäftsführer Dirk Bergner. Fred Leise aus dem Wartburgkreis dankte der Fraktion für ihre intensive auswärtige Arbeit. „Bei den auswärtigen Fraktionssitzungen und Firmenbesuchen

sind wir immer gut angebunden und kommen in die Öffentlichkeit.“ Auch Bernhard Oedekoven, liberaler Stadtrat in Weimar, betonte die gute Zusammenarbeit mit der Fraktion, auch wenn man in Sachfragen wie bei der Gebietsreform durchaus manchmal unterschiedlicher Auffassungen sei.

Der Erfahrungsaustausch soll gerade in Vorbereitung der kommunalen Wahlen fortgesetzt werden, kündigte Barth an. *jp*

Liberaler Lokalpolitik international

Kommunen auf liberale Bürgergesellschaft angewiesen

Anfang November legte die Internationale Akademie für Führungskräfte der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit einen Zwischenstopp in Weimar ein. Auf der traditionellen Rundreise einer diesmal achtundzwanzigköpfigen Delegation künftiger Führungskräfte aus zwanzig Nationen durch die Bundesrepublik Deutschland standen die Themen 'The Role of NGOs and Political Parties' und erfolgreiche liberale Politik auf lokaler Ebene im Mittelpunkt.

Als Referent stand in der Kulturstadt den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Kreisvorsitzende der FDP des Unstrut-Hainich-Kreises, Steffen Dreiling, zur Verfügung. Als Fraktionsvorsitzender der FDP-Kreistagsfraktion des Unstrut-Hainich-Kreises konnte Steffen Dreiling mit profunder Sachkenntnis aus der liberalen Kommunalpolitik berichten. Er

die interessierten Zuhörer, die durch die Simultanübersetzung der mitgereisten Dolmetscher seiner Rede folgen konnten. Dreiling beschrieb die föderalen Strukturen in Deutschland und die Wahlen auf den verschiedenen Ebenen. „Von den kleinen Kommunen, über die derzeit 23 Thüringer Landkreise, über die 16 Bundesländer bis zum Bundestag reichen die Kompetenzen der Politik und die des Souveräns, des Wählers“, betonte Dreiling.

» Freiheit in Verantwortung «

ling. Mit dem Stichwort Subsidiarität beschrieb er die liberale Kernaussage, dass Entscheidungen dort getroffen werden sollten, wo sie auch am besten entschieden werden können. Dass es auch in der

nalordnung klar geregelt seien. Neben der Aufgabe, die Wirtschaft und das Gewerbe zu fördern, seien der Umwelt- und Naturschutz sowie der Denkmalschutz Aufgabe der Kommunalpolitik. Aber auch Busverbindungen, die Strom- und Wasserversorgung sowie die kommunale Selbstverwaltung fallen in die Hoheit der lokalen Politik. Es sei ein sehr kompliziertes System, aber die finanzielle Ausstattung einer Kommune sei die Grundlage, diese am Leben zu erhalten. „Gerade hier in Weimar zeigt sich, wie schwer es für eine Kommune sein kann, eine freiwillige Leistung wie die Kultur finanziell zu sichern“, betonte Dreiling. In vielen Bereichen sei die Kommune daher auf eine liberale Bürgergesellschaft angewiesen. „Viele Menschen sehnen sich nach der Freiheit. Wenn sie diese dann haben, vermissen sie aber leider Weisungen von oben“, beschrieb Dreiling ein altbekanntes Problem. Er wünsche sich daher viel mehr „Freiheit in Verantwortung“, womit er die Bereitschaft der Bürgerschaft meinte, auch die notwendige Verantwortung für die Kommune zu übernehmen.

In der Fragerunde stellte Frau Lisakovich aus Belarus die Frage, wie in den Kommunen in Deutschland die Bausubstanz erhalten wird. Eine beinahe klassische Frage aus Regionen, in denen es einen großen Nachholbedarf auf diesem Gebiet gibt. Steffen Dreiling beschrieb die verschiedenen Finanzstrukturen und Verantwortlichkeiten in Deutschland und erörterte die Unterschiede, je nachdem, ob es sich um ein überregional bedeutsames Bauwerk handelt oder aber um ein privates Gebäude. Herr Gunasekera aus Sri Lanka fragte nach, ob man sich in Deutschland Sorgen mache um die öffentliche Wahrnehmung der FDP. „Es ist schwierig, eine gefällige Politik zu machen“, war die Antwort. „Die Probleme sind zu groß und es ist schwierig, das Vertrauen wieder zu gewinnen.“ In Thüringen sei die Situation jedoch gut, aber es müsse den Wählern trotzdem verdeutlicht werden, warum sie die FDP wählen sollen. *pur*

beschrieb seine persönliche Erfahrung aus seiner Arbeit als Lokalpolitiker und den Zeitaufwand, den ein solches Ehrenamt mit sich bringt. Aber auch die Freude daran, an den Entscheidungsprozessen in seiner Kommune mitzuwirken. „Wie funktioniert nun die Kommunalpolitik in der Bundesrepublik?“, fragte er

Bundesrepublik den Drang nach Zentralisierung bestimmter Entscheidungen aus vielen politischen Richtungen gibt, ließ er nicht unerwähnt.

Als Lokalpolitiker beschrieb er die Aufgaben auf der kleinsten Ebene, aufgeteilt in Pflichtaufgaben und freiwillige Aufgaben, die in der Thüringer Kommu-

Kommunalwahlen 2012

Erste Kandidaten nominiert

Für die 2012 stattfindenden Kommunalwahlen sind die ersten Kandidaten nominiert worden. Die traditionell im kommunalen Raum fest verankerte Thüringer FDP will bei den bevorstehenden Wahlen ihre Stellung in den Rathäusern und Landrats-

ämtern verteidigen und die liberale Fahne hochhalten. „Wir wollen uns nicht verstecken, vielmehr zeigen: Die FDP will weitermachen“, erläutert FDP-Chef Uwe Barth. Auch bieten die Wahlen eine gute Gelegenheit, sich gerade mit Blick auf die Kom-

munal- und Landtagswahlen 2014 einen gewissen Bekanntheitsgrad zu erarbeiten. Das Spektrum der Kandidaten reicht dabei von FDP-OB-Kandidaten, parteilosen OB-Kandidaten mit FDP-Unterstützung bis hin zu liberalen Landratskandidaten. *ms*



Thomas Nitzsche (Jena) | „Ich will mehr!“

In Jena kandidiert Dr. Thomas Nitzsche für das Amt des Oberbürgermeisters. Der Kreisvorsitzende der FDP Jena wurde auf einer Mitgliederversammlung Mitte Oktober offiziell nominiert. Er tritt damit gegen Amtsinhaber Dr. Albrecht Schröter (SPD) an. Diesem wirft Dr. Nitzsche vor, keine klare Linie zu haben. „Er schlägt zu wenig eigene Pflöcke ein.“ Als Motto gibt der liberale Kreischef 'Mehr Mut' an und verweist auf die Erfolge der Stadt unter Alt-OB Peter Röhlinger. „Jena ist seit den Zeiten meines Parteifreundes Alt-OB Peter Röhlinger auf der Überholspur, muss aber aufpassen, dass es nicht langsam austrudelt.“ Vor allem mit der Sacharbeit, die die FDP im Stadtrat leistet, will Nitzsche beim Wähler punkten. Ein wichtiges Thema im Wahlkampf werde wirtschaftliches Wachstum werden. Und: „Wer meine politische Biografie verfolgt: Junge Liberale, FDP, Kreisvorsitz, Stadtrat, der ahnt: Ich will mehr“, so Thomas Nitzsche.



Dr. Viola Hahn (Gera) | „Gera liegt mir am Herzen.“

Als parteilose Einzelbewerberin für die Oberbürgermeisterwahl tritt in Gera Dr. Viola Hahn an. Die derzeitige Chefin des Geraer Finanzamtes kann dabei auf die Unterstützung der Liberalen, der CDU und der Wählervereinigung 'Arbeit für Gera' bauen. Damit sei es dem bürgerlichen Lager gelungen, eine gemeinsame Kandidatin zu nominieren, erklärte FDP-Chef Uwe Barth. Geras FDP-Kreisvorsitzender Falk Nerger ist überzeugt, dass Hahn für eine logische und transparente Finanzpolitik sowie den verantwortungsbewussten Umgang mit den durch die Bürger erwirtschafteten Steuergeldern steht. „Mir liegt meine Heimatstadt Gera am Herzen“, erläutert Hahn. Sorge bereite ihr, dass nun schon seit Jahren in Gera der Stillstand regiere. Ursache sei, dass der amtierende Oberbürgermeister mit Prestigeprojekten die falschen Prioritäten gesetzt und die Stadt landespolitisch in die Isolation manövriert habe. Das will Hahn ändern. „Ich stehe für ein neues Verhältnis zwischen Oberbürgermeister und Stadtrat, das von Vertrauen und Ehrlichkeit geprägt ist.“



Volker Ortwig (Saale-Orla Kreis) | Kommunales Urgestein

Als Landrat für den Saale-Orla-Kreis kandidiert Volker Ortwig. Der gelernte Elektroniker und studierte Verwaltungsfachwirt hat durch seine 21-jährige Erfahrung als Bürgermeister in Saalburg-Ebersdorf und als Fraktionsvorsitzender im Kreistag viel Erfahrung auf kommunaler Ebene gesammelt. Die Kandidatur eines Mannes wie Ortwig zeige, dass die FDP vor Ort stark sein kann, sagt FDP-Landeschef Uwe Barth. Gerade für den ländlich strukturierten Saale-Orla-Kreis bringt Ortwig damit beste Voraussetzungen für das Landratsamt mit. Ein besonderes Anliegen sind ihm die kommunalen Bildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen im Saale-Orla-Kreis, die auch in der Vergangenheit einen Schwerpunkt seiner Arbeit als Bürgermeister bildeten. Im Saale-Orla-Kreis wird in diesem Jahr übrigens früher als anderswo gewählt: Bereits am 15. Januar 2012 findet dort die Landratswahl statt.



Junge Menschen für Naturwissenschaften begeistern

Peter Röhlinger traf Schüler im 'BIOTechnikum' in Gera

Anfang November machte das mobile 'BIOTechnikum' des Bundesministeriums für Bildung und Forschung am Geraer Liebe-Gymnasium Station. Das 'BIOTechnikum' ist ein in einem Truck untergebrachtes Labor mit Ausstellungs- und Multimediaraum. Vielschichtig, abwechslungsreich und überraschend wie die Technologie sind die Entdeckungen, die sich im doppelstöckigen Ausstellungsfahrzeug machen lassen.

Begleitet von erfahrenen Wissenschaftlern bringt das 'BIOTechnikum' auf seiner Tour durch Deutschland die Forschung in der modernen Biotechnologie unter anderem zu Schulen. Schüler und Schülerinnen können hier Praktika absolvieren, die in den Lehrkabinetten der eigenen Schule nicht möglich sind und die bisher aufwendige Fahrten an andere Einrichtungen nötig machten, die diese Bedingungen bieten. Das Liebe-Gymnasium



Peter Röhlinger MdB im Gespräch mit Geraer Schülern bei ihrem Praktikum im BIO Technikum

um Gera hatte das mobile 'BIOTechnikum' geordert. Peter Röhlinger nutzte seinen Gera-Aufenthalt, um der Erlebniswelt 'BIOTechnikum, Leben erforschen – Zu-

kunft gestalten' einen informellen Besuch abzustatten.

Schüler der 11. Jahrgangsstufe absolvierten gerade ein biotechnologisches DNA-Praktikum und betätigten sich einmal selbst als Nachwuchsforscher. Im Gespräch mit den Schülern und Lehrern betonte Röhlinger, dass diese Initiative einen hervorragenden Beitrag zur Gewinnung von jungen Menschen für die naturwissenschaftlich orientierten Wirtschaftsbereiche leiste. Er bedankte sich bei den projektbegleitenden wissenschaftlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen und den Lehrerinnen und Lehrern des Geraer Liebe-Gymnasiums für ihr Engagement und sicherte zu, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten als Mitglied des Bundestages im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung für eine weitere Förderung solcher Maßnahmen einzusetzen. *Frank-Thomas Seyfarth*

Lutherdekade Thema im Bundestag

Patrick Kurth organisierte Fachgespräch zum Reformationsjubiläum

Der 31. Oktober 1517, Luthers Thesenanschlag an der Schlosskirche zu Wittenberg, ist das entscheidende Datum der Reformation. Er war der Beginn einer Bewegung, die weltweit Spuren hinterließ und bis heute fortwirkt. Seit 2008 und bis zum 500. Jahrestag dieses Ereignisses im Jahr 2017 läuft ein Countdown: die Lutherdekade.

Die FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag hat sich jetzt bei einer von Patrick Kurth MdB organisierten hochkarätig besetzten Veranstaltung mit den Auswirkungen des Jubiläumsjahres auf das Bild der Bundesrepublik Deutschland im Ausland und den damit verbundenen Potenzialen beschäftigt. Der Bundestag wolle Verantwortung für ein solch „großes Event“ wie die Lutherdekade wahrnehmen, erläuterte Kurth. Deutschland habe mit dem Reformationsjubiläum im Jahr 2017 die Möglichkeit, die historische

Bedeutung dieses kulturellen, gesellschaftlichen und religiösen Ereignisses zu betonen. An der Veranstaltung im voll besetzten Sitzungssaal des Berliner Paul-Löbe-Hauses nahmen neben Kulturstaatsminister Bernd Neumann, der für die Bundesregierung die Aktivitäten zur Lutherdekade koordiniert, Vertreter aller wichtigen gesellschaftlichen, kirchlichen und staatlichen Stellen teil, die



Kulturstaatsminister Bernd Neumann und Staatsministerin Cornelia Pieper (Bildmitte) nutzen die Gelegenheit, sich über die Thüringer Aktivitäten zur Lutherdekade zu informieren.

an der Lutherdekade beteiligt sind. Der Thüringer Luther-Beauftragte Dr. Thomas Seidel informierte etwa im Namen der beteiligten Bundesländer über den Stand der Planungen zu den weiteren Aktivitäten.

Zahlreiche Oberbürgermeister aus Luthers Wirkungsorten nutzten die Gelegenheit, sich beispielsweise mit Prälat Bernhard Flemberg, dem Bevollmächtigten der EKD beim Bundestag, mit Andreas Ströhl vom Goethe-Institut oder Cornelia Pieper (FDP), Staatsministerin im Auswärtigen Amt, auszutauschen. Kurth regte die Teilnehmer zu einer neuerlichen gesellschaftlichen Wertedebatte an. „Das Reformationsjubiläum kann für die Debatte über die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und das Verhältnis von Staat und Bürger genutzt werden.“ Die Frage nach der Verbindung von Freiheit und Verantwortung sei aktueller denn je. *ms*

Der Landesfachausschuss Gesundheit, Familie und Soziales informierte sich bei der Leiterin des Mehrgenerationenhauses in Königsee Cornelia Bähring.



Dienstleistungsdrehscheibe Mehrgenerationenhaus

Landesfachausschuss Soziales tagte in Königsee

Über die Arbeit von Mehrgenerationenhäusern informierte sich jetzt der Landesfachausschuss Soziales der Thüringer FDP unter der Leitung von Dr. Harald Mertes (Jena) in Königsee. Ein seit 2003 bestehendes Seniorenheim der AWO Rudolstadt in Königsee wurde Anfang 2008 zum Mehrgenerationenhaus weiterentwickelt.

Als Ort des Austauschs zwischen den Generationen führen die Mehrgenerationenhäuser Aktivitäten unter einem Dach zusammen, die andernorts von Kindergärten, Jugendclubs, Seniorentreffs und vielen anderen Einrichtungen angeboten werden. Zusammen mit dem Landesvorstandsmitglied, dem sozialpolitischen Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Marian Koppe, ließen sich die Liberalen von

Cornelia Bähring das Konzept für das Folgeprogramm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) erläutern. Da die Förderung des Bundesprogramms für die ersten Häuser Ende des Jahres ausläuft, hat das Ministerium ein Folgeprogramm in Höhe von 50 Millionen Euro bis 2014 aufgelegt. Das Konzept des neuen Aktionsprogramms basiert auf den Erfahrungen und Erkenntnissen, die in der ersten Programmphase gewonnen werden konnten. Gleichwohl werden mit dem neuen Programm neue Schwerpunkte gesetzt.

Der heimische Landtagsabgeordnete Koppe kündigte an, sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene für das Mehrgenerationenhaus Königsee zu werben.

Beeindruckt zeigten sich die Liberalen von der Arbeit des Mehrgenerationenhauses. „Ich finde, vor allem die starke Vernetzung mit anderen Einrichtungen, Initiativen und Schulen zeigt, dass das Mehrgenerationenhaus hier in Königsee fest in der Gesellschaft verankert ist“, sagte Koppe. Auch lobte er die Arbeit der vielen ehrenamtlich Engagierten. Es habe sich gezeigt, dass das Mehrgenerationenhaus immer mehr zum Motor für freiwilliges Engagement werde, zu einer „Dienstleistungsdrehscheibe“. „Wo sonst lassen sich so viele Angebote unter einem Dach finden?“, fragt der Sozialpolitiker beeindruckt. Der Landesfachausschuss will sich in Zukunft öfter vor Ort ganz konkreten Themen widmen. *ms*

Veranstaltungsreihe zum Mitgliederentscheid

Uwe Barth: FDP diskutiert mit Bürgern über die Zukunft Europas

Im Rahmen des Mitgliederentscheids in der FDP über die Haltung zum dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) hat der Landesverband eine Veranstaltungsreihe mit prominenten Unterstützern beider Positionen organisiert. Auch in zahlreichen Kreisverbänden wurden Diskussionsrunden veranstaltet.

Den Auftakt der Veranstaltungsreihe bildete eine öffentliche Sitzung des Landespartei Rates Ende Oktober in Erfurt. „Wir wollen diese Frage nicht über die Köpfe der Menschen hinweg entscheiden, sondern laden alle unsere Mitglieder und Bürger ein, sich eine eigene Meinung zu dem Thema zu bilden“, erläuterte der

Chef der Thüringer Liberalen und Mitglied im Bundesvorstand der FDP, Uwe Barth, im Vorfeld der Veranstaltungen. Generalsekretär Patrick Kurth ergänzte: „Bei den Unterstützungsunterschriften für den Mitgliederentscheid lag Thüringen auf Platz 16 der 16 FDP-Landesverbände. Dennoch gehen wir mit der Organisation der Veranstaltung in die Vollen. Die Mitglieder entscheiden nach bestem Wissen und Gewissen, Bürgerinnen und Bürger haben bei uns die Chance, Kenntnisse aus erster Hand zu erhalten.“

Als Referenten hatten die Liberalen zum Auftakt den Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, Dr. Hermann

Otto Solms (FDP), und den Europaabgeordneten Holger Kraemer eingeladen. Während Hermann Otto Solms im Parteirat die Vorstellungen des Bundesvorstandes für eine europäische Stabilitätsunion erläuterte, vertrat Holger Kraemer die Positionen der Initiatoren des Mitgliederentscheids zur Ablehnung des ESM.

Bis zum ThL-Redaktionsschluss waren noch weitere Veranstaltungen in Jena, Eisenach, Erfurt und Gotha geplant. *ms*

BILDER VON DER VERANSTALTUNGSREIHE
www.flickr.com/photos/fdpthueringen

INTERNET-SONDERSEITE ZUM MITGLIEDERENTSCHEID
www.mitgliederentscheid.fdp.de

Kemmerich neuer Bundesvorsitzender des Liberalen Mittelstands

Politik transparent und mittelstandsfreundlich zu gestalten – das ist der Grundsatz von Thomas L. Kemmerich. Mit einer klaren Stimmenmehrheit wurde der in Erfurt tätige Unternehmer dafür auf dem 7. Mittelstandstag in Stuttgart zum neuen Bundesvorsitzenden des Liberalen Mittelstandes gewählt. Damit löst der für die FDP im Thüringer Landtag als wirtschaftspolitischer Sprecher tätige Kemmerich den langjährigen Vorsitzenden Dr. Heinrich Kolb ab.

96 Prozent der wahlberechtigten Mittelständler, die zur Bundesdelegiertenkonferenz über den neuen Kurs der nach den

JULIs zweitgrößten Vorfeldorganisation der FDP zu entscheiden hatten, votierten für einen Personalwechsel mit Thomas L. Kemmerich an der Spitze. Er tritt das neue Amt mit Freude und konkreten Zielen an.



„Ich sehe in dieser Position die Chance, die Interessen der Mittelständler als Basis des deutschen Wirtschaftssystems zu stabilisieren und unsere Ziele deutlicher herauszustellen.“ Die mittelstandsfreundliche Gestaltung des Basel-III-Paketes gehört dabei genauso auf die To-Do-Liste wie das Pochen auf Maßnahmen zum Abbau der kalten Progression, die langfristig wirkten und nicht wie heiße Kartoffeln zwischen Regierung und Opposition hin und her jongliert würden. Darüber hinaus plädiert Kemmerich für die Festschreibung der Sozialen Marktwirtschaft als politisches Leitbild im Grundgesetz. *Anja Beger*



Würdige Umrahmung für den Jubilar Dr. Ludwig Eismann: Kreisvorsitzender Dr. Dietmar Möller (links) und Landesvorsitzender Uwe Barth

Ludwig Eismann feierte 65-jähriges Parteijubiläum

„Wer 65 Jahre einer Partei trotz aller Höhen und Tiefen, trotz aller Querelen die Treue hält, hat allein schon Dank und Anerkennung verdient“, so der Kreisvorsitzende Dr. Dietmar Möller in seiner Laudatio auf den Eisenberger Sanitätsrat. Parteifreund Dr. Ludwig Eismann hat der Partei nicht nur die Treue gehalten, sondern sich auch im Rahmen seiner Möglichkeiten stets aktiv am Parteileben beteiligt und, soweit es seine Zeit als niedergelassener Arzt zuließ, Hilfe und Unterstützung gegeben.

1969 übernahm er die Praxis in Eisenberg nach dem Tod des Vaters unter schwierigen Bedingungen. Neben seiner ärztlichen Tätigkeit, die ihm hohes Ansehen im ehemaligen Landkreis Eisenberg

brachte, war er auch gesellschaftlich aktiv, unter anderem 26 Jahre als ehrenamtlicher Vorsitzender des DRK-Kreisverbandes Eisenberg. 1993 wurde ihm das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen. Nach der Wende setzte sich Parteifreund Eismann auch auf kommunaler Ebene für die Partei ein und kandidierte im Mai 1990 bei der ersten freien Kommunalwahl für den Kreistag Eisenberg und trug zum Stimm-ergebnis von 25,7 Prozent bei.

Am 08. September gratulierten in Eisenberg Landesvorsitzender Uwe Barth, Kreisvorsitzender Dr. Dietmar Möller sowie Herbert Bernhardt und Helmut Rösler aus Fürth, beide langjährige Wegbegleiter von Ludwig Eismann. *jp*

IN EIGENER SACHE

Die ThL-Redaktion wünscht allen Leserinnen und Lesern **EIN FROHES WEIHNACHTSFEST UND EINEN GUTEN START INS NEUE JAHR**. Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Arbeit auch weiterhin interessiert begleiten und verstärkt mit Beiträgen aus den Kreisverbänden zu einer abwechslungsreichen Mitgliederzeitung beitragen. Der gemeinsame **NEUJAHREMPFANG** von Landesverband, FDP-Kreisverband Jena und Stadtratsfraktion findet am **14. JANUAR 2012 IM 'SCHWARZEN BÄREN' IN JENA** statt. Festredner wird der Vorsitzende der Bundestagsfraktion Rainer Brüderle sein.

THL GRATULIERT ZUM GEBURTSTAG | IM NOVEMBER Ruth Wallbrecht (90 Jahre), Rosemarie Hiller (70 Jahre), Manfred Ziege (70 Jahre), Wolfgang Schwarz (60 Jahre), Ulrich Kössel (60 Jahre), Reinhard Riedel (60 Jahre), Ralf Sommer (50 Jahre), Christiane Zdon (50 Jahre), Sabine Heinevetter (50 Jahre), Frank Färber (40 Jahre) | **IM DEZEMBER** Udo Kraft (70 Jahre), Hans-Joachim Wienröder (70 Jahre), Andreas Schmidt (70 Jahre), Gerlinde Walde (70 Jahre), Stefan

Feuerstein (60 Jahre), Henry Schulz (50 Jahre), Katharina Kellner (50 Jahre), Thomas Reinhardt (50 Jahre), Thomas Giese (50 Jahre), Ronald Müller (40 Jahre), Annika Mühlhause (30 Jahre), Mathias Gorf (30 Jahre)

GLÜCKWÜNSCHE AUCH AN Bernd Krühner, Raimund Kolbe, Wolfgang Maruschky, Rita Gräbedüchel, Elisabeth Niegemann, Frank-Thomas Seyfarth, Volker Ortwig, Dieter Hackmann, Michael Mathieu, Ralf Bahn, Marion Seidemann, Frank Bergner, Reiner Roßbach, Volker Weber, Viola Schwedler, Antje Ruppe, Heike Blodig von Sternfeld, Frank-André Thies, Holger Joseph, Kay Rösler, Roland Kössel, Dr. Thomas Nitzsche, Jan Ehemann, Mirko Klopffleisch, Manuel Schöfksi, Ralf Ratzmann, Nicole Chowanietz, Guido Funke, Christin Held, Karoline Walther, Dennis König, Dr. Agnes Buschmann, Margitta Posselt, Erwin Döring, Dr. Rolf Frielinghaus, Joachim Heinecke, Heidrun Klaus und allen anderen Geburtstagskindern, die aus Platzgründen nicht aufgeführt sind.

JÜNGSTE EINTRITTE FDP THÜRINGEN Birgit Seeber, Michaela Merz



AUS DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Angst essen Euro auf

HOLGER KRAHMER MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

WWW.HOLGER-KRAHMER.DE

Angst ist kein guter Ratgeber, aber ein beliebtes Verkaufsargument. In der Debatte um die Krise öffentlicher Haushalte in Europa verbinden sich Sachargumente mit düsteren Prophezeiungen. „Scheitert der Euro, dann scheitert auch Europa“, heißt es da druckreif. „Haben Sie es vielleicht ein bisschen kleiner?“, möchte man da fragen.

Fest steht: Der Schuldenschnitt Griechenlands wird kommen. Es wäre der 181. in der Weltgeschichte der letzten 40 Jahre. Russland war im Jahr 2000 keinesfalls zu groß, um zu scheitern. Dort erfolgte ein Schuldenschnitt von 51 Prozent. In Argentinien waren es 2005 unvorstellbare 77 Prozent. Beide Länder haben sich inzwischen erholt oder befinden sich auf dem Weg der Genesung und haben wieder Zugang zum internationalen Kapitalmarkt. Die Geschichte gibt also Raum für Hoffnungen.

Auch nach der Insolvenz, einem Haircut von geschätzten 50 Prozent und dem Run auf griechische Banken würde die Sonne

über der Ägäis wieder aufgehen. Zumindest das scheint gesichert. Haben wir also Grund zur Panik? Brauchen wir pathetische Beschwörungsformeln? Müssen wir uns gegenseitig versichern, dass der freie Austausch von Waren und Dienstleistungen, von Kapital und Personen in Europa gerade auch Deutschland Vorteile bringt und den Frieden obendrein? Hat daran jemand ernsthaft gezweifelt?

Bleiben wir also bei den Tatsachen. Die Haushaltskrise in Griechenland hat konkrete Ursachen. Haushaltskonsolidierung und Reformen bedingen sich dort gegenseitig. Die Bekenntnisse dazu sind erfolgt. Die Neigung der öffentlichen Hand, den einfachen Weg zu gehen und sich über die Notenpresse der eigenen Schulden zu entledigen, ist nicht nur in Athen groß. Das spiegeln auch die derzeit rasant wachsenden "Target II" – Forderungen der Deutschen Bundesbank wider. Noch immer stehen Insbesondere die harten Maßnahmen der Aufgabenkritik, in Griechenland etwa bei der angekündigten Privatisierung von Staatsbetrieben, aus.

Deshalb gilt es zu vermeiden, dass zur Tatenlosigkeit auch noch Unkenrufe treten. Im 2. Weltkrieg, darauf hat die Neue Zürcher Zeitung kürzlich hingewiesen, hieß es in den USA: „Loose lips sink ships“. Ein loses Mundwerk kann Schiffe zum Sinken bringen. An der Börse können wir täglich verfolgen, wie unvorsichtige Äußerungen die Märkte in Unruhe versetzen. Angst essen Euro auf, möchte man da warnen. Wir haben in diesem Jahr mehrfach gesehen, wohin politische Panikattacken führen können. Echte Problemlösungen hat das bisher kaum gebracht.

Bleiben wir nüchtern: Scheitern die Griechen, scheitert Griechenland. Mehr nicht. Zehn von 27 Ländern der EU haben keinen Euro, einige denken nicht einmal im Traum daran, ihn einzuführen. Ist Europa deshalb gescheitert? Wohl kaum. Ein geordneter Austritt Griechenlands aus der Eurozone bietet auch Chancen: Sogar die auf ein Wiedersehen nach getaner Arbeit.

HOLGER KRAHMER | KONTAKT ABGEORDNETENBÜRO BRÜSSEL: EUROPÄISCHES PARLAMENT | BÄTIMENT ALTIERO SPINELLI 106158 60, RUE WIERZ | BE-1047 BRÜSSEL | TELEFON +32 2 28-45344 FAX +32 2 28-49344 | HOLGER.KRAHMER@EUROPAPARL.EUROPA.EU



Liberales Leistungsträger im Fokus

Wer sagt denn, dass die FDP nicht wählbar ist?

Dr. Wolfgang Maruschky hat sich nach über 20 Jahren als aktiver Geschäftsführer der Silbitz Guss GmbH zurückgezogen. Für die ThL-Redaktion befragte Christoph Wieduwilt den engagierten Unternehmer und überzeugten Liberalen nach seiner persönlichen Bilanz und der Zukunft der Partei.

ThL: Was sind für Sie die markantesten Fakten, die Ihren Erfolgsweg bzw. den des Unternehmens am besten charakterisieren?

Dr. Maruschky: Da gab es in den 20 Jahren als Geschäftsführer unzählige wichtige und spannende Momente. Wesentlich war 1990, den sogenannten 'Volkseigenen Betrieb' für die marktwirtschaftlichen Verhältnisse fit zu machen. Die Privatisierung dauerte 5 Jahre. Sie wurde erfolgreich durch eine Investorengruppe aus den alten Bundesländern durchgeführt. Es ist die Anbindung an den internationalen Markt gelungen, Silbitz Guss gehört europaweit zu den führenden Firmen der Gießereibranche. Eine besondere Herausforderung war dann der Kauf des Unternehmens auf der Grundlage eines Management-Buy-Out im Jahr 2005. Im selben Jahr übernahmen wir außerdem eine gut aufgestellte Gießerei in der Slowakei. Die wichtigste Entscheidung der neueren Zeit war zweifelsfrei 2009 die Investition von über 40 Millionen Euro in ein neues Werk in Zeitz. Damit waren insgesamt die Voraussetzungen für eine internationale Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der Gießereigruppe gegeben.

ThL: Welche Visionen haben Sie Ihren Nachfolgern mit auf den Weg gegeben? Wie stellen Sie sich die Zukunft von Silbitz Guss langfristig vor?

Dr. Maruschky: Ich bin überzeugt, und das habe ich zum Abschied meinem Führungsteam auch so gesagt, eine erfolgreiche Zukunft ist relativ sicher, wenn alle etwa 1.000 Mitarbeiter an allen Standorten einbezogen und auf dem Weg mitgenommen werden. Außerdem sollten der Mut, die Geduld und das unternehmerische Engagement ausreichen, um Forschung und Entwicklung neuer Produkte voranzutreiben, internationale Märkte gezielt zu erschließen und Ausbildung und Weiterbildung als dauerhaften Schwerpunkt zu behandeln.

ThL: Ein Dr. Maruschky hört nicht einfach auf. Wie sieht Ihr Alltag aus – was gefällt Ihnen im Vergleich zum Fulltime-Job des Managers heute besser?

Dr. Maruschky: Dass die Last der Verantwortung nicht mehr auf meinen Schultern ruht, das tut gut. Ich gehe ins Fitnessstudio und versuche überhaupt etwas mehr für die Gesundheit und die gute Laune zu tun. Das Engagement in der Kommunalpolitik ist für mich sehr wichtig. Da gibt es viel zu tun. Mir liegt zum Beispiel das Schloss in Crossen sehr am Herzen. Es wäre wunderbar, wenn wir gemeinsam eine tragfähige Zukunftslösung für dieses Objekt hinbekommen. Dabei sehe ich vor allem die Lösung in einer Privatschule.

ThL: Sie gehören zum Urgestein der Thüringer FDP. Welche Gefühle bewegen Sie bei dem Gedanken, dass die Liberalen vom Volk nicht mehr als wählbar eingeschätzt werden?

Dr. Maruschky: Es ist richtig, wir haben in der Bevölkerung ein Vertrauensdefizit. Ich bin auch überzeugt, dass unsere Partei mit Blick auf Berlin sich noch einiges

einfallen lassen muss und das auch tun wird, um wieder Vertrauen zu gewinnen. Die Oppositionspolitik der FDP-Landtagsfraktion in Thüringen ist vollkommen in Ordnung. Und, wer sagt denn, dass die FDP nicht wählbar ist? Auf kommunaler Ebene haben wir hervorragende liberale Politiker, deren Herz für die Region schlägt. Das merken die Bürger, und deshalb werden wir vor Ort auch gewählt.

ThL: Welche grundsätzliche Empfehlung würden Sie, so aus dem Stand, Ihrer Partei geben?



Dr. Wolfgang Maruschky | Foto: Christoph Wieduwilt

Dr. Maruschky: Die FDP braucht eine klare, verständliche Programmatik. Diese muss inhaltlich gerichtet sein auf unternehmerische Bedingungen im Sinne der Sicherung der Arbeitsplätze in Deutschland, auf Veränderung der Regelungen in der Familienpolitik; wir brauchen ein kinderfreundliches Deutschland und Bildung, Forschung und Entwicklung. Außerdem müssen sich mehr liberale Persönlichkeiten profilieren, die deutschlandweit Vertrauen gewinnen und damit für die Bürger authentisch sind – dann ist die FDP auch gefragt.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER FDP Thüringen | Schillerstraße 62 | DE-99096 Erfurt | Telefon +49 361 3455919 | Fax +49 361 3455924 | pressestelle-thueringen@fdp.de
www.fdp-thueringen.de **REDAKTIONSLEITUNG** Jens Panse *jp* **REDAKTION** Patrick Kurth *pk* | Matthias Purdel *pur* | Ingo Reimann *ir*
Matthäus Schlummer *ms* | Klaus-Dieter Landgraf *kd*

BEITRÄGE Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. **AUFLAGE** 1.800 Exemplare

ERSCHEINUNG 6-mal jährlich als Beilage des FDP-Mitgliedermagazins 'elde' | für FDP-Mitglieder ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises

GESTALTUNG + PRODUKTION RAUM II | Körnerstraße 56 | DE-04107 Leipzig | Telefon +49 341 30326760 | info@raum-zwei.com | raum-zwei.com

